

MONITOR

PARTEIENMONITOR

Das „Bündnis Sahara Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW)

Zwischen linkskonservativem Populismus, EU-Kritik und Russlandnähe

Tim B. Peters, Jost Henry Bertels

- › Die neu gegründete Partei BSW zeichnet sich durch eine hohe Anzahl ehemaliger Linken-Mitglieder aus und ist stark „top-down“ organisiert.
- › Die Programmatik kann als Linkskonservatismus bezeichnet werden und richtet sich an verschiedene Wählergruppen.
- › An der Europäischen Union wird fundamentale Kritik geäußert und EU-Erweiterungen abgelehnt.
- › Teile des Programms zeichnen sich durch anti-amerikanische und russlandfreundliche Positionen aus.
- › Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wird als Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland gesehen und sofortige Waffenstillstandsverhandlungen gefordert.
- › Die Partei zeigt eine Anti-Establishment-Haltung und Merkmale des Populismus.

Inhaltsverzeichnis

Entstehungsgeschichte	2
Personen und Strukturen	3
Finanzen	5
Programmatik	6
Einordnung.....	8
Impressum	12

Entstehungsgeschichte

Die Partei „*Bündnis Sahara Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit*“ (BSW) wurde am 8. Januar 2024 offiziell gegründet. Der Gründung vorausgegangen waren langandauernde Konflikte innerhalb der Linkspartei und eine immer größere parteiinterne Distanzierung des sogenannten *Wagenknecht*-Flügels. Bereits im Mai 2022 hatte eine Gruppe in einem *Aufruf für eine populäre Linke* eine Neuausrichtung der Partei gefordert. Zu den Erstunterzeichnenden gehörten neben *Sahara Wagenknecht* auch die Bundestagsabgeordneten *Amira Mohamed Ali, Matthias M. Birkwald, Ali Al-Dailani, Sevim Dağdelen, Klaus Ernst, Andrej Hunko, Christian Leye* und *Alexander Ulrich*. Bis auf *Birkwald* schlossen sich später alle dem BSW an. Insgesamt konnte der Aufruf 6.570 Unterschriften erreichen.¹ Erste Andeutungen zu einer eigenen Partei hatte *Wagenknecht* nach dem Parteitag der Linken in Erfurt vom 24. bis 26. Juni 2022 gemacht. Auf dem Parteitag, an dem sie selbst krankheitsbedingt nicht teilnehmen konnte, erhielt ein Antrag von *Wagenknecht* und ihren Anhängern zur Außenpolitik nicht die erforderliche Mehrheit. Im Vorfeld hatte sie – mit Blick auf die bisherige Parteivorsitzende *Janine Wissler* – „frische, überzeugende Gesichter an der Spitze“² gefordert. Auf dem Parteitag wurde *Wissler* dann mit 57,5 Prozent wiedergewählt. Nach dem Parteitag beklagte *Wagenknecht*, es sei „nicht nur ein Affront gegen mich. Es ist ein Affront gegen einen relevanten Teil der Partei, dem man auf diesem Parteitag signalisiert hat, dass er nicht mehr erwünscht ist.“³ Zusätzlich kündigte *Wagenknecht* die Überlegung an, „erst einmal auf Basis des *Aufrufs für eine populäre Linke* ein Netzwerk zu schaffen und im Herbst auf einer größeren Konferenz über das *Wie weiter* zu diskutieren.“⁴

Im Februar 2023 startete *Wagenknecht* zusammen mit der Publizistin *Alice Schwarzer* die Online-Petition *Manifest für den Frieden*, in dem Bundeskanzler *Olaf Scholz* mit Blick auf die Unterstützung der Ukraine im Zuge des russischen Angriffskrieges aufgefordert wird, „eine Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen.“⁵ Am 25. Februar 2023 fand hierzu eine Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin statt. Seitens des Vorstands der Linken gab es hierbei Kritik an beiden Initiativen aufgrund einer mangelnden Abgrenzung nach Rechtsaußen. Der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei, *Tobias Bank*, erklärte seinerzeit: „Diesen Aufruf haben wir uns als Parteivorstand nach intensiver Beratung nicht zu eigen gemacht. [...] Ganz konkret fehlt uns in dem Aufruf die klare Abgrenzung nach rechts, die nämlich augenblicklich dazu führt, dass namhafte Nazis und

rechte Organisationen diesen Aufruf unterstützen und massiv zu der Demo am 25. mobilisieren.“⁶ In den Medien wurde *Wagenknecht* daraufhin als personifizierter Riss bezeichnet, der durch die Linkspartei geht.⁷

Anfang März 2023 gab *Wagenknecht* bekannt, bei der kommenden Bundestagswahl nicht erneut für die Linke antreten zu wollen: „Eine erneute Kandidatur für die Linke schließe ich aus.“⁸ Ebenfalls im März 2023 kündigte sie an, bis Ende dieses Jahres in der Frage einer möglichen Parteineugründung Klarheit schaffen zu wollen.⁹ Am 10. Juni 2023 beschloss der 26-köpfige Parteivorstand der Linkspartei angesichts der Überlegungen *Wagenknechts* zu einer eigenen Parteigründung einstimmig, sie zur Rückgabe ihres Bundestagsmandats aufzufordern.¹⁰ In dem Beschluss hieß es weiter: „Wir laden alle dazu ein, mit uns auf Parteitag, in den entsprechenden Gremien und Verfahren um demokratische Mehrheiten zu ringen. Wenn einzelne sich aber systematisch über diese Mehrheiten hinwegsetzen und versuchen, der LINKEN durch öffentliche Einlassungen über die Medien sowie durch die Drohung mit der Gründung einer konkurrierenden Partei, einen anderen Kurs aufzuzwingen, sind das schlicht Erpressungsversuche. [...] Die Zukunft der Linken ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht.“¹¹

Am 23. Oktober 2023 informierte *Wagenknecht* auf einer Pressekonferenz über ihren Parteiaustritt und den von neun weiteren Bundestagsabgeordneten der Linken. Darunter befand sich auch die bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Deutschen Bundestag, *Amira Mohamed Ali*. Gleichzeitig wurde die Gründung des Vereins „BSW – Für Vernunft und Gerechtigkeit“ bekanntgegeben, welcher der Vorbereitung einer späteren Parteigründung dienen sollte. Der Verein mit Sitz in Karlsruhe war bereits am 26. September 2023 beim Amtsgericht Mannheim ins Vereinsregister eingetragen worden.¹² Zum 6. Dezember 2023 wurde ein von der Fraktion „Die Linke“ gefasster Beschluss zur Selbstauflösung wirksam, die sich damit nach 18 Jahren im Deutschen Bundestag auflöste. Durch die Abspaltung war die Mindestanzahl von 37 Sitzen für eine Fraktionsbildung im 20. Deutschen Bundestag nicht mehr gegeben. Die eigentliche Parteigründung des BSW erfolgte am 8. Januar 2024 in Berlin im Rahmen einer Gründungsversammlung, an der 44 Personen teilnahmen. Dem folgte am 27. Januar 2024 ein zweiter Parteitag, auf dem das Europawahlprogramm sowie die Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament bestimmt wurden. An diesem Bundesparteitag in Berlin nahmen rund 430 Mitglieder teil. Am 2. Februar 2024 beschloss der Deutsche Bundestag den parlamentarischen Gruppenstatus für die Linke und BSW und regelte deren Rechtsstellung.

Personen und Strukturen

Im Parteivorstand sind mit *Amira Mohamed Ali* und *Sahra Wagenknecht* als Parteivorsitzende (Doppelspitze), *Friederike Benda* und *Amid Rabieh* als stellvertretende Parteivorsitzende, *Christian Leye* als Generalsekretär und *Lukas Schön* als Bundesgeschäftsführer sechs ehemalige Linken-Politiker vertreten. Doch auch zwei „Quereinsteiger“ sitzen im Vorstand: Der Bauingenieur und Professor am Karlsruher Institut für Technologie *Shervin Haghsheno* ist weiterer stellvertretender Parteivorsitzender und der Unternehmer *Ralph Suikat* übernahm den Posten des Bundesschatzmeisters.

Für die bevorstehende Europawahl am 9. Juni 2024 führen *Fabio de Masi* und *Thomas Geisel* die insgesamt 20 Personen umfassende Kandidatenliste des BSW an. *De Masi* war bereits von 2014 bis 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments für die Linke und von 2017 bis 2021 deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag. *Geisel* war von 2014 bis 2020 Oberbürgermeister von Düsseldorf und bis zu seinem BSW-Beitritt seit über 40 Jahren Mitglied der SPD. Auf Platz 3 folgt der ehemalige UN- und OSZE-Diplomat *Michael von der Schulenburg*, der zu den Erstunterzeichnern des *Manifests für den Frieden* gehört und am 24. Februar 2024, dem zweiten Jahrestag des vollumfassenden russischen Angriffs auf die Ukraine, einen Aufruf zu sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen veröffentlichte. Darin stellt er unter anderem fest, dass es „nicht nur russische Waffen [sind], sondern auch die von Nato-Ländern gelieferten Waffen, die auf ukrainischem Territorium eingesetzt werden. Sie sind also gleichermaßen für das Leiden und die sukzessiven Zerstörungen des Landes verantwortlich.“¹³ Auf den weiteren Plätzen folgen unter anderem die langjährige Büroleiterin von *Sahra Wagenknecht*, *Ruth Firmenich* (Platz 4)¹⁴, der Zwickauer Neurochirurg *Jan-Peter Warnke* (Platz 5), der bei seiner Kandidatenrede die Bundesrepublik Deutschland als „multimorbide[n] Intensivpatienten“¹⁵ bezeichnete und der Arzt *Friedrich Pürner* (Platz 6). Letzterer gilt als Kritiker der während der Corona-Pandemie verhängten Maßnahmen¹⁶ und trat unter anderem im Januar 2022 auch bei *RT DE* (Russia Today Deutsch) als Interviewpartner zu diesem Thema auf.¹⁷ Seit März 2022 ist die Übertragung von *Russia Today* EU-weit verboten.

Die erste Gründung eines Landesverbands erfolgte am 24. Februar 2024 unter Ausschluss der Öffentlichkeit durch ca. 60 Anwesende in Chemnitz. Dem BSW-Landesverband Sachsen sitzen die frühere Bundestagsabgeordnete *Sabine Zimmermann* (MdB 2005–2021) sowie der Unternehmer *Jörg Scheibe* vor. *Zimmermann* ist Vorsitzende des DGB-Kreisverbandes Zwickau, war von 1995 bis 2005 Mitglied der SPD und von 2007 bis 2023 Mitglied der Linken. Professor Dr. *Jörg Scheibe* führt ein Ingenieurbüro und leitet den Studiengang Versorgungs- und Umwelttechnik an der Berufsakademie Sachsen in Glauchau. Politisch war er zuvor nicht aktiv.¹⁸ Es wurde angekündigt, dass die Partei sowohl bei den sächsischen Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 (parallel zur Europawahl) als auch bei den Landtagswahlen am 1. September 2024 antreten will.¹⁹

Die Gründung des Landesverbands Thüringen wurde für eine Versammlung am 15. März 2024 in Eisenach angekündigt.²⁰ Dem vorausgegangen war am 19. Januar 2024 die Ankündigung der Oberbürgermeisterin von Eisenach, *Katja Wolf*, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen nicht erneut für die Linke antreten zu wollen, sondern stattdessen bei den Landtagswahlen am 1. September 2024 für das BSW antreten zu wollen.²¹ *Wolf* gilt als landes- und kommunalpolitisch sehr erfahren und war von 1999 bis 2012 Mitglied des Thüringer Landtags, bevor sie am 1. Juli 2012 das Amt der Oberbürgermeisterin in Eisenach antrat. Zum weiteren Thüringer „Kernteam“ gehören laut *Wagenknecht Steffen Schütz* und *Matthias Herzog*. *Schütz* ist Inhaber einer Berliner Medienagentur und zugleich Mitglied des Initiativkreises Zukunft Eisenach. *Herzog* ist Geschäftsführer eines Erfurter Profi-Basketballvereins. Darüber hinaus hat sich auch die ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linken *Sigrid Hupach* (MdB 2013–2017) im Januar 2024 dem BSW angeschlossen.²² Weitere Landesverbände sollen folgen.

Auffallend bei der personellen Zusammensetzung der Partei sind insbesondere zwei Faktoren: Zum einen der große Anteil bisheriger Linken-Mitglieder. Zum Zeitpunkt des Bundesparteitags Ende Januar sollen ca. 70 Prozent ehemalige Linken-Mitglieder gewesen sein.²³ Darüber hinaus wurde ein relativ hoher Altersdurchschnitt angemerkt. Auch eine Jugendorganisation existiert noch nicht.²⁴ Der Parlamentsredakteur der *taz*, *Daniel Bax*, schrieb in diesem Zusammenhang von einer „Wohlfühl-Oase für ergraute Altlinke“²⁵. Bei den Führungspersonlichkeiten ist – neben den zahlreichen erfahrenen ehemaligen Linken-Politikerinnen und -Politikern – die Flankierung durch Personen mit Wirtschaftsbezug oder -erfahrung hervorzuheben.

Insgesamt ist das Bündnis bislang offenkundig stark „top-down“ organisiert.²⁶ Die Themen auf dem Bundesparteitag am 27. Januar 2024 waren weitgehend vorbesprochen, inhaltlich kontroverse Debatten fanden quasi nicht statt. Dies wird begünstigt durch die bisherige Mitgliederstruktur. Die Entscheidungen zu Mitgliedsanträgen werden bislang vom Vorstand getroffen.²⁷ *Sahra Wagenknecht* hatte zudem ein kontrolliertes und bewusst langsames Wachstum der neuen Partei angekündigt. Bis zum Jahresende soll die neue Partei auf lediglich ca. 1.000 Mitglieder anwachsen. Darüber hinaus unterstreichen der Name und die mediale Präsentation der Partei die starke Zentrierung auf *Sahra Wagenknecht*. Dies wurde mit der Popularität der Protagonistin begründet und eine Umbenennung erst für nach der Bundestagswahl 2025 angekündigt.²⁸

Finanzen

Die Finanzen der Partei liegen in den Händen von Bundeschatzmeister *Ralph Suikat*, der 2016 mit dem Verkauf einer von ihm mitgegründeten IT-Firma zum Millionär geworden war.²⁹ Dieser gab bekannt, dass der 2023 gegründete Verein BSW bis zur Parteigründung im Januar 2024 rund 1,4 Mio. Euro an Spenden eingeworben hatte.³⁰ Unter den Vereinsspenden waren auch Zahlungen aus dem Nicht-EU-Ausland. Bis zum 10. Dezember 2023 waren beispielsweise knapp 17.000 Euro aus Staaten außerhalb der EU eingegangen, was zu diesem Zeitpunkt 1,5 Prozent der bis dato eingegangenen Gesamtspendensumme darstellte.³¹ Zu den in der Satzung genannten Vereinszwecken gehört explizit „die Gründung politischer Parteien [zu] unterstützen und durch den Einsatz auch der materiellen Mittel des Vereins [zu] fördern“³². Bei Auflösung des Vereins sind dessen Mittel „im Rahmen der Liquidation anderen Parteien oder Organisationen zuzuführen“³³. Am 6. Februar 2024 erhielt die neue Partei vom Verein BSW eine veröffentlichungspflichtige Großspende über 80.463,64 Euro.³⁴ Zudem hatte der Verein laut *Suikat* auch Kosten für Werbemittel und den Gründungsparteitag übernommen.³⁵ Während *Suikat* betonte, dass der Verein Spenden unter den rechtlichen Bedingungen einer Partei sammle, wurde bereits früh Kritik an dieser Konstruktion geübt. Die Co-Direktorin des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, *Sophie Schönberger*, erläuterte: „Der Verein ist nicht an das Parteiengesetz gebunden, muss also über die Herkunft seiner Mittel keine Rechenschaft ablegen. Er kann auch solche Gelder annehmen, die eine Partei nicht annehmen dürfte, also etwa Gelder aus dem Nicht-EU-Ausland. Werden die Gelder des Vereins im nächsten Jahr an die Partei weitergeleitet, gelten sie rechtlich als Zuwendungen durch den Verein, sodass nach dem Parteiengesetz auch dann die Originalspender nicht offengelegt werden müssten.“³⁶ Schatzmeister *Suikat* wiederum kündigte an, dass Spendernamen über der Veröffentlichungsgrenze von 10.000 Euro im Jahresbericht 2024 aufgeführt würden, auch wenn das Geld im Vorjahr an den Verein gespendet worden sei.³⁷

Bis Ende Februar 2024 waren bei Verein und Partei BSW zusammen rund drei Millionen Euro an Spenden eingegangen.³⁸ Dazu gehörte auch eine Großspende über eine Million Euro durch ein Ehepaar aus Mecklenburg-Vorpommern, welche Mitte Januar bekannt wurde.³⁹ Der Vorgang zog auch deshalb mediale Aufmerksamkeit nach sich, da es sich um die größte Parteispende seit vielen Jahren handelt.⁴⁰ Darüber hinaus geriet das BSW (sowohl Verein als auch Partei) durch die Wahl ihrer Spendenkonten bei der Volksbank Pirna in die Schlagzeilen. Obwohl der Verein seinen Sitz in Karlsruhe hat, wurde das Geldinstitut im sächsischen Pirna gewählt, was *Wagenknecht* mit den Schwierigkeiten begründete, in Deutschland als nicht gemeinnütziger Verein ein Bankkonto zu finden, bei dem man auch Spenden sammeln kann.⁴¹ Laut Recherchen von *Correctiv* und *Tagespiegel* gehören zum Kundenstamm der Volksbank Akteure aus dem links- und rechtsextremistischen Spektrum, dem verschwörungstheoretischen Umfeld sowie aus dem russischen Propagandabereich.⁴² Der Vorstandsvorsitzende der Bank lehnt die Sanktionen ab und kritisierte die Aufkündigung der Energiepartnerschaft mit Russland.⁴³ Laut BSW-Pressestelle fiel die Wahl auf die Volksbank „wegen der Größe sowie der Serviceorientiertheit und der dort angebotenen Innovationen (Beispiel: mobiler Geldautomat)“⁴⁴.

Neben den Spenden für Verein bzw. Partei kann die vom Deutschen Bundestag am 2. Februar 2024 anerkannte Gruppe BSW mit ca. 4,9 Millionen Euro jährlich für Mitarbeitende und andere Kosten rechnen.⁴⁵

Programmatik

Ein ausführliches Grundsatzprogramm der Partei BSW gibt es bislang nicht. Bei der Pressekonferenz anlässlich der Parteigründung am 8. Januar 2024 teilte *Wagenknecht* mit, dass ein solches Programm bis zur Bundestagswahl erarbeitet werden soll. Das derzeit auf der Website abrufbare Parteiprogramm umfasst lediglich vier Seiten und beinhaltet vier Schlagworte: Wirtschaftliche Vernunft, Soziale Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit. Allerdings wurde auf dem Bundesparteitag am 27. Januar 2024 neben der Kandidatenliste für das Europäische Parlament ein Europawahlprogramm beschlossen. Dieses insgesamt 20 Seiten umfassende Programm⁴⁶ zeichnet sich durch einen deutlichen EU-Skeptizismus aus. Gefordert wird ein „unabhängiges Europa souveräner Demokratien“. Die „abgehobene Politik ferner, demokratisch kaum kontrollierter EU-Technokraten“ würde von vielen Menschen „zurecht als Angriff auf die Demokratie und als Bedrohung für ihre Kultur und Identität“ gesehen. Statt von Transparenz oder Bürgernähe sei „die Brüsseler Politik geprägt von Hinterzimmer-Deals, undurchsichtiger Einflussnahme in Expertengremien und mangelnder Kontrolle“. Aufwüchse des EU-Budgets oder die Einführung neuer Eigenmittel werden abgelehnt. Zu der Fundamentalkritik an der EU im Wahlprogramm gesellt sich sogar ein Umsetzungsvorbehalt, der durchaus auch als Ankündigung des Bruchs von europarechtlichen Vorgaben verstanden werden kann: „Zudem treten wir für die genaue Prüfung und gegebenenfalls Nichtumsetzung von EU-Vorgaben auf nationaler Ebene ein, wenn sie wirtschaftlicher Vernunft, sozialer Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und Meinungsfreiheit zuwiderlaufen.“

Hinsichtlich künftiger Erweiterungen fordert das BSW ein Moratorium. Statt Erweiterungen der EU wird lediglich eine Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern – insbesondere des Balkans – gefordert. Ausdrücklich wird der Kandidatenstatus der Ukraine kritisiert: „Finanziell wäre ein Beitritt der Ukraine ein Fass ohne Boden, politisch wäre er ein Aufgeben aller Ansprüche an Rechtsstaatlichkeit, zu denen sich die EU einmal verpflichtet hat.“ Auch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Republik Moldau und Georgien wird explizit abgelehnt. Unerwähnt bleibt hierbei jedoch, dass ein Kandidatenstatus nicht automatisch eine Mitgliedschaft nach sich zieht, sondern das Erreichen der EU-Beitrittskriterien im Rahmen der Verhandlungen Voraussetzung für eine Mitgliedschaft ist. Die Kosten, die eine EU-Erweiterung für Deutschland bringen würde, so die Behauptung, würden stattdessen „in unseren Pflegeeinrichtungen oder Schulen dringend gebraucht“. Die positiven Effekte vergangener EU-Erweiterungen, insbesondere auch für Deutschland, werden hierbei bewusst ausgeblendet – seien es die wirtschaftlichen Vorteile oder auch die Ausdehnung von Demokratie, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit auf dem europäischen Kontinent. Stattdessen werden EU-Erweiterungen auf einen rein geopolitischen Aspekt reduziert: „Offenkundig soll die wirtschaftliche und soziale Stabilität in der EU und in Deutschland als dem größten Finanzier des EU-Haushalts einem vermeintlichen geostrategischen Vorteil des Westens gegenüber Russland geopfert werden.“

Ein weiterer Schwerpunkt im BSW-Europaprogramm bildet der Themenbereich Krieg und Entspannung. Gefordert wird ein friedliches Europa in einer multipolaren Welt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wird als ein „blutiger Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland“ angesehen. Dem Westen wird vorgeworfen, „keine ernsthaften Bemühungen“ vorgenommen zu haben, um ihn auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Ungenannt bleiben hierbei sowohl die zahlreichen Versuche westlicher Staats- und Regierungschefs unmittelbar vor dem russischen Angriff als auch die Gräueltaten unter russischer Besatzung. Der EU wird eine massive Aufrüstung seit 2014 vorgeworfen, statt „auf eine Außenpolitik der friedlichen Konfliktbeilegung, auf Ausgleich, Diplomatie und Entspannung zu setzen“. Unerwähnt bleibt dabei die Ursache für diese Aufrüstung durch die völkerrechtswidrige russische Annexion der Krim und die von Russland unterstützten „Volksrepubliken“ im Osten der Ukraine. Die Tatsache, dass es eine auch von Russland unterzeichnete europäische Friedensordnung mit dem Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen und dem Recht auf freie Bündniswahl gab, wird hierbei ausgeblendet. Vielfach vollzieht sich hier eine Täter-Opfer-Gleichsetzung, die insbesondere hinsichtlich der angegriffenen Ukraine deutlich wird. Es wird ein Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen gefordert: „Um Russland zur Aufnahme von Verhandlungen zu motivieren, sollte für diesen Fall der sofortige Stopp aller Rüstungsexporte in die Ukraine angeboten werden. Gegenüber der ukrainischen Führung sollte die weitere Unterstützung und die Zahlung von Hilfgeldern [...] an die Vorbedingung der Bereitschaft zu Friedensverhandlungen geknüpft werden.“ Auf die „ruinöse Sanktionspolitik“ soll verzichtet werden und der Zugang zu den Rohstoffen und Energieträgern Russlands und Zentralasiens ermöglicht werden: „Wir wollen die Öl- und Gaslieferung aus Russland wieder aufnehmen und langfristige Energieverträge schließen.“ Die sicherheitspolitisch herausfordernde Situation in Europa wird dabei auch mit klimapolitischen Aspekten verbunden in der irritierenden Aussage, „dass ein Kampfjet in einer Stunde mehr klimaschädliche Emissionen verursacht als ein normaler PKW-Fahrer in 17 Jahren“.

Die Tatsache, dass die EU ihre „verteidigungs-, militär- und rüstungspolitische Kooperation und Integration“ vorantreibt, wie von vielen Europa- und Sicherheitsexperten seit langem gefordert, wird im BSW-Programm eher als Vorwurf an die EU formuliert. Überhaupt fällt die stark geopolitisch geprägte Sichtweise auf. Europa müsse ein „eigenständiger Akteur auf der Weltbühne werden, statt Spielball im Konflikt der Großmächte zu sein und sich den Interessen der USA unterzuordnen.“ Anti-amerikanische Vorbehalte werden auch an anderer Stelle deutlich, wenn es beispielsweise heißt, Europa dürfe „nicht länger eine digitale Kolonie der Vereinigten Staaten sein“.

Weitere Forderungen sind eine Re-Industrialisierung Europas, Entbürokratisierung, Mindestlohn-erhöhung in Deutschland auf 14 Euro und der Stopp einer „unkontrollierte[n] Migration in die EU“. Darüber hinaus spricht sich die Partei gegen das Verbot von Verbrennerautos aus. Auffällig ist noch die Hervorhebung kleiner und mittlerer Unternehmen für die europäische und deutsche Wirtschaft und deren direkte Ansprache durch Planungssicherheit, preiswerte Energieversorgung und Schutz vor marktbeherrschenden Konzernen. Neben der insgesamt EU-kritischen Haltung zeichnet sich das Programm durch viele Positionen und Formulierungen aus, die traditionell im Bereich der politischen Linken zu verorten sind. So seien die „einst starken europäischen Sozialstaaten [...] in den meisten Ländern von einem angelsächsisch geprägten Blackrock-Kapitalismus abgelöst [worden], der von großen Finanz- und Digitalkonzernen gesteuert und von börsennotierten Unternehmen geprägt wird“.

Heftige Kritik wird auch an der Politik während der Corona-Pandemie („der neue politische Autoritarismus“) und einer angeblich die Meinungsfreiheit bedrohenden Cancel Culture geübt: „Seit Jahren allerdings erleben wir eine zunehmende Verengung des „zulässigen“ Meinungskorridors. Moralisch und emotional aufgeladen werden kritische Stimmen diffamiert, stigmatisiert und ausgegrenzt [...]. In der Attitüde eines modernen Wahrheitsministeriums nehmen viele Politiker und Journalisten oder die sogenannten „Faktenchecker“ heute für sich in Anspruch festzulegen, was richtig und was falsch ist.“ Die tatsächlichen Gefahren durch Fake News, Desinformation und Propaganda – auf die *fact checking* eine Antwort ist – werden damit deutlich relativiert.

Einordnung

Das BSW verbindet thematisch verschiedene Aspekte, die sich teilweise als politisch „links“, teilweise als politisch „rechts“ verorten lassen. *Wagenknecht* selbst lehnt eine solche Einteilung ab und verwies darauf, dass das BSW nicht die „Linke 2.0“ sei.⁴⁷ Dem steht allerdings entgegen, dass das BSW in der Wirtschafts- und Sozialpolitik traditionell „linke“ Standpunkte vertritt. Bemängelt wird nicht nur der Stand des Wohlfahrtsstaats mit seinem Rentensystem oder einem Mangel an Kita-Plätzen, sondern ebenso der Einfluss von Großkonzernen und die Schere zwischen Arm und Reich kritisiert. Dabei haben die wirtschaftspolitischen Ansätze allerdings auch häufig eine nationale Komponente, beispielsweise wenn der Förderung heimischer Unternehmen der Vorzug gegenüber „Milliardensubventionen für Konzerne aus Übersee“⁴⁸ gegeben werden soll. Im gesellschaftspolitischen Bereich hingegen vertritt das BSW konservative Positionen und tritt für eine restriktive Migrationspolitik und gegen eine Reglementierung der Sprache ein. Durch diese Verbindung, die teilweise als „Linkskonservatismus“⁴⁹ beschrieben wird, wird potentiell eine Lücke im deutschen Parteienspektrum gefüllt: „Wagenknechts geplante Partei positioniert sich wirtschaftspolitisch links, gesellschaftspolitisch aber rechts und das ist tatsächlich etwas Neues in Deutschland“⁵⁰, so der Parteienforscher *Benjamin Höhne*.

Durch diesen Mix sollen offensichtlich auch verschiedene potentielle Wählergruppen angesprochen werden: Kriegsgegner, Russland-Affine, klein- und mittelständische Unternehmer, Anti-Amerikanisten, Corona-Kritiker und Personen, die sich in ihrer Meinungsfreiheit beschränkt sehen. Laut dem Politikwissenschaftler *Markus Linden* (Universität Trier) tritt das BSW „dezidiert mit hybridem Querfront-Populismus an als eine Partei, die radikal gegen das System, gegen die sogenannten demokratischen Eliten Stimmung macht und eine radikale Veränderung durchbringen möchte“⁵¹. Im Endeffekt versuche *Sahra Wagenknecht*, „verschiedene diffuse Protestmilieus in diesen hybriden Querfront-Populismus zu integrieren“⁵². Der Vorwurf einer Anti-Establishment-Haltung und eines deutlichen Populismus wird neben den Inhalten auch an der herausgehobenen Rolle der Protagonistin und den Parteistrukturen festgemacht: „Das Bündnis Sahra Wagenknecht ist eine populistische Partei wie aus dem Lehrbuch: ganz auf eine charismatische Führungsperson zugeschnitten, Top-down-mäßig organisiert und wie am Reißbrett konzipiert“⁵³, konstatiert *taz*-Redakteur *Daniel Bax*. Inwieweit dieser Ansatz der neuen Partei bei den zahlreichen Wahlen des Jahres 2024 Erfolg haben wird, ist derzeit noch offen. Ebenso offen ist dabei auch, welche möglichen Wählerwanderungen von anderen Parteien feststellbar sein werden.

-
- 1 Vgl. [Der Aufruf - Aufruf für eine populäre Linke \(populaere-linke.de\)](#) (Stand 03.03.2024)
 - 2 [Wagenknecht attackiert vor Linken-Parteitag Wissler - „Wir brauchen frische Gesichter an der Spitze“ \(merkur.de\)](#)
 - 3 [Linken-Parteitag: „Ein Affront gegen einen relevanten Teil der Partei“ - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)
 - 4 [Sahra Wagenknecht: Neue Partei? Politikerin ruft zu „populärer Linken“ auf \(merkur.de\)](#)
 - 5 [Petition · Manifest für Frieden · Change.org](#)
 - 6 [Ukraine-Krieg: Linkenspitze distanziert sich von Sahra Wagenknechts Demoaufruf | ZEIT ONLINE](#)
 - 7 Vgl. [Wagenknecht und die Linke: Personifizierter Riss durch die Partei | tagesschau.de](#)
 - 8 [Wagenknecht tritt nicht mehr für die Linke an - Bundestag - DIE RHEINPFALZ](#)
 - 9 Vgl. [Wagenknecht-Partei? "Als One-Woman-Show kann ich das nicht" - ZDFheute](#)
 - 10 Vgl. [Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten! \(youtube.com\)](#)
 - 11 [Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten!: Die Linke \(die-linke.de\)](#)
 - 12 Vgl. [Register-Eintrag enthüllt Namen: Wagenknecht-Partei könnte „BSW“ heißen \(fr.de\)](#)
 - 13 [Zwei Jahre Ukraine-Krieg: Aufruf zu Waffenstillstand und Verhandlungen – Michael von der Schulenburg \(berliner-zeitung.de\)](#)
 - 14 Vgl. [Das wollen Wagenknechts Europakandidaten: Freiheit für Julian Assange – und Aufklärung der Corona-Maßnahmen \(tagesspiegel.de\)](#)

- 15 [Zwickauer Neurochirurg Warnke bei Wagenknecht-Parteitag: „Deutschland ist multimorbider Intensivpatient“ \(freiepresse.de\)](#)
- 16 Vgl. [Buch von Friedrich Pürner: Verharmlost er Corona? - Bayern - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)
- 17 Vgl. [Epidemiologe Dr. Friedrich Pürner: Politik muss Pandemie für beendet erklären \(report24.news\)](#)
- 18 Vgl. [BSW Sachsen: Erster Landesverband soll mit Doppelspitze starten \(lvz.de\)](#)
- 19 Vgl. [Bündnis Sahra Wagenknecht: BSW gründet Landesverband und wirbt für "andere Politik" | ZEIT ONLINE](#)
- 20 Vgl. [Parteien - BSW will Thüringer Landesverband am 15. März gründen - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)
- 21 Vgl. [Landtagswahl in Thüringen: Bürgermeisterin von Eisenach will für Wagenknecht-Bündnis antreten | ZEIT ONLINE](#)
- 22 Vgl. [Parteien - Erfurt - Linke-Oberbürgermeisterin wechselt zu Wagenknecht-Bündnis - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)
- 23 Vgl. [Wagenknecht-Partei BSW: So viele Mitglieder waren früher in der Linken \(berliner-zeitung.de\)](#)
- 24 Vgl. [Erster Parteitag BSW: Ein Aufstand alter Menschen - taz.de](#)
- 25 [Erster Parteitag beim BSW: Wohlfühl-Oase für Altlinke - taz.de](#)
- 26 Vgl. [Erster Bundesparteitag des BSW: "Wer, wenn nicht wir?" - ZDFheute](#)
- 27 Vgl. [BSW noch ohne Landesverband in Brandenburg: Countdown für Wagenknecht-Partei läuft | rbb24](#)
- 28 Vgl. [Wagenknecht-Partei: "Ich habe nie Geschäfte mit Russland gemacht. Ich war noch nie dort" | ZEIT ONLINE](#)
- 29 Vgl. [Wagenknecht-Partei: "Wir haben keine Großspender aus Russland" | ZEIT ONLINE](#)
- 30 Vgl. [Parteien - Wagenknecht will mit neuer "Volkspartei" die Politik prägen - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)
- 31 Vgl. [Spenden aus Nicht-EU-Staaten - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)
- 32 [Vereinssatzung - Bündnis Sahra Wagenknecht \(buendnis-sahra-wagenknecht.de\)](#)
- 33 Ebd.
- 34 Vgl. [Deutscher Bundestag - Parteispenden über 50.000 € - Jahr 2024](#)
- 35 Vgl. [BSW: Sahra-Wagenknecht-Verein überweist Großspende an Wagenknecht-Partei - DER SPIEGEL](#)
- 36 [Finanztricks: Warum Wagenknecht die Partei erst 2024 gründet \(fr.de\)](#)
- 37 Vgl. [Sahra Wagenknechts Bündnis sammelt 1,4 Millionen Euro Spenden für den Auftakt \(rnd.de\)](#)
- 38 Vgl. Millionen für Wagenknecht, in: Berliner Zeitung, 24.02.2024, S. 3

- 39 Vgl. [BSW: Ehepaar spendet Partei von Sahra Wagenknecht eine Million Euro - DER SPIEGEL](#); [Ehepaar aus MV spendet eine Million Euro an Bündnis Sahra Wagenknecht | NDR.de - Nachrichten - Mecklenburg-Vorpommern](#)
- 40 Vgl. [Neue Wagenknecht-Partei: Wer sind die Millionenspende hinter dem BSW? \(rnd.de\)](#)
- 41 Vgl. [Markus Lanz geht auf Sahra Wagenknecht los: Zuschauer perplex - DerWesten.de](#)
- 42 Vgl. [Volksbank Pirna: Dieser Bank vertrauen Extremisten \(correctiv.org\); E-Paper | Tagesspiegel](#)
- 43 Vgl. [Wie moskautreuer ist das Bündnis Sahra Wagenknecht? \(rnd.de\)](#)
- 44 [Wirbel um Wagenknechts Spendenkonto kurz vor Parteigründung \(fr.de\)](#)
- 45 Vgl. [Bundestag erkennt Linkspartei und BSW als neue Gruppen an | tagesschau.de](#)
- 46 Vgl. [BSW Europawahlprogramm 2024.pdf \(bsw-vg.de\)](#) (Zitate ohne weitere Angaben entstammen in der Folge dem Europawahlprogramm.)
- 47 Vgl. [Erster Parteitag beim BSW: Wohlfühl-Oase für Altlinke - taz.de](#)
- 48 [BSW Parteiprogramm.pdf \(bsw-vg.de\)](#)
- 49 [Bündnis Sahra Wagenknecht: Hier links, da rechts \(deutschlandfunk.de\)](#)
- 50 [Wagenknecht-Partei: Das ist der Kern-Unterschied zur AfD \(fr.de\)](#)
- 51 [Politologin zur Wagenknecht-Partei: "Tarnt Populismus als Vernunft" - SWR Aktuell](#)
- 52 Ebd.
- 53 [Bündnis Sahra Wagenknecht: Feuerwerk populistischer Parolen - taz.de](#)

Impressum

Die Autoren

Tim B. Peters arbeitet seit 2010 für die Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 2017 bis 2020 sowie 2023 leitete er das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Charkiw und von 2019 bis 2023 das Auslandsbüro in Kiew. Seit Oktober 2023 ist er Referent für Medien und Demokratie in der Abteilung Demokratie, Recht und Parteien in der Hauptabteilung Analyse und Beratung.

Jost Henry Bertels absolvierte ein vierwöchiges Praktikum in der Abteilung Demokratie, Recht und Parteien und wird im April 2024 sein Studium der Rechtswissenschaften aufnehmen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Tim B. Peters

Referent Medien und Demokratie
Abteilung Demokratie, Recht und Parteien
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3626

tim.peters@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).